

sen Chruschtschow erkennt man, daß das unumschränkte Wettrüsten mit atomaren Waffen eine Lebensäußerung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist. Deshalb ist die Menschheit auch so lange vom Krieg bedroht, solange der Imperialismus existiert. Im Gegensatz dazu bilden Frieden und Sozialismus eine unlösbare Einheit. Erst der Sieg des Sozialismus in der Welt sichert der Menschheit endgültig den dauerhaften Frieden! (Lebhafter Beifall.)

Es ist also schon aus diesem Grund und noch aus vielen anderen Gründen, die mit den Klasseninteressen der Arbeiter Westdeutschlands unmittelbar Zusammenhängen, notwendig, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die Schlußfolgerung aus der Volksbewegung gegen den Atomtod in Westdeutschland zieht und sich zu dem oft angebotenen Gespräch mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands bereit findet. Ohne solche gemeinsamen Beratungen zwischen den Führungen der beiden Parteien ist es nicht möglich, den Atompolitikern in Westdeutschland die Niederlage ihres Lebens zu bereiten.

Solche Kontakte werden aber erst dann möglich sein, wenn die SPD und der DGB ihre Bindungen an den imperialistischen Westen lösen und sich unvoreingenommen und trotz der Meinungsverschiedenheiten, die in prinzipiellen Fragen noch bestehen, zur Herstellung normaler Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik und zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sowie zum Lager des Sozialismus überhaupt entschließen. Auf die Dauer wird auch kein noch so traditionsgebundener sozialdemokratischer Arbeiter in Westdeutschland und Westberlin Verständnis dafür aufbringen, daß seine Parteiführer zwar mit den Vertretern des Monopolkapitals und der Militaristen in der Bundesrepublik Beratungen führen, in den Organen der Montan-Union und ähnlicher imperialistischer Institutionen reich dotierte Posten besetzen, aber nicht mit den Arbeitern in der Deutschen Demokratischen Republik über die Sicherung des Friedens sprechen wollen.

Aus der Stellung der sozialdemokratischen Parteiführung zum imperialistischen Westen ergibt sich mit gesetzmäßiger Notwendigkeit auch ihre antikommunistische Haltung. In dem Maße, in dem sie sich von dieser einseitigen Orientierung befreit, wird sie die Fähigkeit gewinnen, das internationale Kräfteverhältnis und die Entwicklung in den beiden deutschen Staaten richtig einzuschätzen. Erst